



# Anfrage

Vorlage: AF/0046/2025		Datum: 11.06.2025		
Verfasser: 004-Ratsfraktion AfD		Az.:		
<b>Betreff:</b> <b>Anfrage der AfD-Ratsfraktion: Rückkehrmanagement in der Ausländerbehörde – Ausstattung, Arbeitsweise, Defizite, Transparenz und Kooperation mit Landesbehörden</b>				
Gremienweg:				
26.06.2022	Stadtrat	<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mehrheitl.	<input type="checkbox"/> ohne BE
5		<input type="checkbox"/> abgelehnt	<input type="checkbox"/> Kenntnis	<input type="checkbox"/> abgesetzt
		<input type="checkbox"/> verwiesen	<input type="checkbox"/> vertagt	<input type="checkbox"/> geändert
	TOP	<input type="checkbox"/> Enthaltungen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> Gegenstimmen
	öffentlich			

## Anfrage:

Anfragen der AfD-Ratsfraktion sowie der AfD-Fraktion im Landtag Rheinland-Pfalz haben offengelegt, dass Abschiebungen von ausreisepflichtigen Ausländern in Koblenz regelmäßig scheitern. Auch die Zahl der freiwilligen Ausreisen stagniert auf einem niedrigen Niveau. Diese Sachverhalte werfen Fragen auf, insbesondere zu der Ausstattung und Arbeitsweise des in die Ausländerbehörde integrierten Rückkehrmanagements. Eine transparente, effiziente und rechtskonforme Verwaltungspraxis ist jedoch gerade angesichts der virulenten Migrationskrise von zentralem öffentlichem Interesse. Die Anfrage zielt darauf ab, bestehende Defizite aufzudecken und Handlungsoptionen für eine konsequentere Umsetzung geltenden Rechts zu ermitteln.

Vor diesem Hintergrund bitten wir die Stadt um die Beantwortung nachfolgender Fragen:

### 1. Personal und Ausstattung

- Über wie viele Mitarbeiter verfügt derzeit das Rückkehrmanagement der Ausländerbehörde?
- Welche Qualifikationen und Schulungen besitzen diese Mitarbeiter?
- Welche technischen und organisatorischen Mittel stehen dem Rückkehrmanagement zur Verfügung, um seine Aufgaben effektiv zu erfüllen?
- Erwägt die Stadt die Aufwertung bzw. Erweiterung des Rückkehrmanagements zu einem eigenständigen „Sachgebiet Remigration“, wie dies in anderen Kommunen bereits praktiziert wird? Bitte begründen.
- Erwägt die Stadt mittlerweile die Einrichtung einer Arbeitsgruppe (AG), die sich mit ausländerrechtlichen Themen im Allgemeinen und Rückführungsfragen im Speziellen befasst? Bitte begründen.

### 2. Arbeitsweise und Verfahren

- Wie gestaltet sich der Ablauf bei der Prüfung, Vorbereitung und Durchführung von Rückführungen abgelehnter Asylbewerber bzw. ausreisepflichtiger Personen?
- Welche Prioritäten werden bei der Auswahl der Fälle gesetzt (z. B. Herkunftsstaaten, Straffälligkeit, Kooperationsbereitschaft)?
- Welche Rolle spielt das sogenannte „freiwillige Rückkehrprogramm“ in diesem Zusammenhang?

### 3. Defizite und Herausforderungen

- Welche strukturellen oder rechtlichen Hindernisse erschweren aktuell die Durchführung von Rückführungen in Koblenz?
- In wie vielen Fällen konnten in den letzten 12 Monaten vollziehbare Ausreisepflichten nicht umgesetzt werden und aus welchen Gründen?
- Welche Maßnahmen zur Effizienzsteigerung wurden seitens der Stadtverwaltung geprüft oder umgesetzt?

#### **4. Transparenz und Berichtswesen**

- a) In welchen Abständen wird dem Stadtrat über die Aktivitäten und Ergebnisse des Rückkehrmanagements berichtet?
- b) Gibt es öffentlich zugängliche Statistiken oder Berichte über Rückführungen, Duldungen und freiwillige Ausreisen?
- c) Werden Rats- bzw. Ausschussmitgliedern Ortstermine in der Ausländerbehörde angeboten, um praktische Einblicke in die dortigen Arbeitsabläufe zu erhalten?
- d) Wenn ja, bitte aufzählen und erläutern.
- e) Wenn nein, warum nicht?

#### **5. Kooperation mit Landes- und Bundesbehörden**

- a) In welchem Umfang erfolgt eine Zusammenarbeit mit der Ausländerbehörde der ADD, der Zentralen Ausländerbehörde des Landes sowie mit der Landes- und Bundespolizei?
- b) Welche Zuständigkeiten liegen auf kommunaler Ebene, welche auf Landes- und Bundesebene, insbesondere bei der Durchsetzung von Abschiebungen?

**Auswirkungen auf den Klimaschutz:** -keine

**Finanzielle Auswirkungen:** - keine